

Der Wald in Deutschland – ausreichend geschützt und nachhaltig genutzt?

Langfassung

Denkste!

Bundesländer im Vergleich

GREENPEACE

INHALT

Vorwort	3
Zusammenfassung	4
1. Ausgangssituation	5
2. Fragestellung und Methodik	5
3. Darstellung und Bewertung der Ergebnisse	6
3.1. Gesamtergebnis	6
3.2. Teilergebnisse	6
3.2.1. Ergebnisse Waldschutz	7
3.2.2. Ergebnisse Waldnutzung	9
3.2.3. Waldnutzung Ranking	17
3.2.4. Ergebnisse Transparenz	18
4. Fazit und Forderungen	19
5. Anhang: Fragen des Fragebogens mit Bewertungsschlüssel, Darstellung der Antworten der Bundesländer in Tabellen	22

VORWORT

Jedes Jahr sterben weltweit bis zu 58000 Tierarten aus.¹ In Deutschland ist rund ein Drittel der Tier-, Pilz- und Pflanzenarten in ihrem Bestand bedroht.² Doch damit nicht genug: Das nationale Ziel, das Artensterben aufzuhalten, wurde bisher verfehlt. Schuld daran ist vor allem der Mensch: Eine Vielzahl von Faktoren wie die intensive Landwirtschaft, aber auch die intensive Bewirtschaftung unserer Wälder gefährden unsere heimische Flora und Fauna. Das heißt im Klartext: Die bisherigen Maßnahmen, auch im Rahmen der vielgepriesenen »nachhaltigen« Forstwirtschaft in Deutschland, reichen nicht aus, um die biologische Vielfalt zu bewahren.

Basierend auf dem aus Rio (1992) hervorgegangenen UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD-Convention on Biological Diversity) verabschiedete die Bundesregierung deshalb 2007 die Nationale Biodiversitätsstrategie (NBS) und legte Ziele fest: Bis 2020 sollen fünf Prozent der deutschen Wälder einer natürlichen Waldentwicklung überlassen sein. Die ökologischen Funktionen der übrigen Wälder sollen durch naturnahe Bewirtschaftungsformen gestärkt werden. Das bedeutet beispielsweise, den Alt- und Totholzanteil zu steigern und den Anteil nicht standortheimischer Baumarten kontinuierlich zu reduzieren.

Leider wird eine wirklich naturnahe Bewirtschaftung unserer Wälder in Deutschland noch immer nicht umgesetzt. Die Forst- und Holzlobby verbreitet nach wie vor die Mär vom »Schützen durch Nutzen«, ein Ansatz, der wissenschaftlich überholt und längst nicht mehr zeitgemäß ist.

Ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) in Zusammenarbeit mit dem Waldbau-Institut der Universität Freiburg und dem Institut für Landschaftsökologie und Naturschutz in Bühl zeigte: Nur in rund zwei Prozent unserer Wälder wird eine natürliche Waldentwicklung zugelassen. Das bedeutet, dass ungefähr 98 Prozent unserer Wälder forstwirtschaftlich genutzt werden und die Holznutzung bei der Bewirtschaftung größtenteils im Vordergrund steht.

Der deutsche Wald braucht eine Trendwende: Ökologische und soziale Interessen müssen im öffentlichen Wald endlich ernst genommen werden und gleichwertig mit Holznutzungsinteressen behandelt werden: Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung für den Erhalt der weltweiten Artenvielfalt und den Klimaschutz gerecht werden.

1 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/artensterben-jaehrlich-verschwinden-58-000-tierarten-a-982906.html>, basierend auf: Rodolfo Dirzo, Hillary S. Young, Mauro Galetti, Gerardo Ceballos, Nick J. B. Isaac, Ben Collen: Defaunation in the Anthropocene, Science 25 Jul 2014

2 https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/presse/2015/Dokumente/Artenschutzreport_Download.pdf

ZUSAMMENFASSUNG

Die Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie kann nicht von der Bundesregierung erzwungen werden. Schlussendlich müssen alle Akteure ihre Verantwortung zum Schutz der Artenvielfalt und des Klimas ernst nehmen. Vor allem die Landesregierungen stehen hier als Verantwortliche für die größten öffentlichen Waldflächen, die vor allem dem Gemeinwohl dienen sollen, in der Pflicht: Doch die Umsetzung der Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie bedeutet eine klare Umstellung der bisherigen intensiven Bewirtschaftung der Wälder, in deren Zentrum die Gewinnung des Rohstoffes Holz liegt.

Um herauszufinden, inwieweit die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie in den Landeswäldern der Bundesländer bereits umgesetzt worden sind, erstellte Greenpeace einen Fragebogen, der sich streng an den Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie orientierte. Dieser wurde nach Umweltinformationsgesetz (UIG) an die Bundesländer verschickt. Die Antworten der Länder wurden analysiert und über einen Bewertungsschlüssel ausgewertet. Das Gesamtergebnis setzt sich aus zwei Teilergebnissen zusammen: Waldschutz und Waldnutzung. Außerdem wurde die Transparenz hinsichtlich angefragter Daten verglichen.

Die Auswertung der Greenpeace-Umfrage ergab, dass bisher keines der Bundesländer die im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie von der Bundesregierung verabschiedeten Ziele vollständig umgesetzt hat. Vorreiter bezüglich der Umsetzung der Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie in ihren Wäldern sind das Saarland und Schleswig-Holstein. Beide Bundesländer sind auf einem guten Weg, die Herausforderungen von Umweltschutz, Artenschutz und Klimaschutz im Wald zu erfüllen. Besonders weit davon entfernt sind die Bundesländer Bayern und Hessen. Hier gibt es enorme Defizite sowohl hinsichtlich des Waldschutzes als auch einer naturnahen Nutzung der Landeswälder.

Im Bereich der Waldnutzung hat kein einziges Bundesland die Maximalpunktzahl erreicht. Dies liegt vor allem daran, dass die Mehrheit der Bundesländer nicht bereit ist, ihren Anteil an nicht heimischen Baumarten wie Douglasie oder Roteiche und nicht standortheimischen Baumarten (auf vielen Standorten beispielsweise die Fichte) zu verringern. Eine Waldentwicklung hin zu natürlichen Waldgesellschaften wird dadurch klar behindert. Auch die Totholzvorräte sind in fast allen Wäldern sehr gering. Dennoch wollen nur Baden-Württemberg und das Saarland ihre Totholzvorräte auf ein ökologisch in Laubwäldern erforderliches Mindestmaß von 40 Kubikmetern pro Hektar steigern.

Die Holzvorräte in Deutschlands Wäldern sind alles andere als naturnah: Fast nirgendwo erreichen sie auch nur die Hälfte der möglichen Vorräte von Naturwäldern. Einen Plan zur konkreten, deutlichen Steigerung gibt es jedoch in keinem Bundesland. Betrachtet man den Wald als Kohlenstoffspeicher, sind unsere Vorratskammern also halb leer.

Generell erfolgt der Holzeinschlag außer im Saarland und in Schleswig-Holstein auf zu hohem Niveau, um die Holzvorräte und damit die Kohlenstoffvorräte in unseren Wäldern deutlich zu steigern. Dies ist vor dem Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels und der in Paris beschlossenen Ziele kaum nachvollziehbar. Auch der Anbau nicht heimischer Baumarten wird unsere Wälder nicht vor den Auswirkungen des Klimawandels bewahren.

Um sich auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten, sollte die Forstwirtschaft auf den Aufbau vorratsreicher, in sich stabiler Wälder setzen. Nur so können die Länder ihrer Verantwortung für Arten- und Klimaschutz gerecht werden. Ebenfalls ernüchternd ist die Umsetzung der von der Bundesregierung verabschiedeten Waldschutzziele in den Landeswäldern: Zwar bemühen sich einige Länder, ihren Anteil an geschützter Waldfläche gemäß Nationaler Biodiversitätsstrategie auszuweisen: Das Saarland, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg Vorpommern erreichten beim Waldschutz die volle Punktzahl. Doch auf der großen Fläche des Wirtschaftswaldes bleiben die Maßnahmen zum Artenschutz wenig ambitioniert, weitgehend planlos und die Bewirtschaftung deutlich dominiert von Holznutzungsinteressen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wenn die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie bis 2020 umgesetzt sein sollen, müssen sich die Länder beeilen: Die Pläne zur Ausweisung von 10 Prozent forstlich ungenutzter Flächen im öffentlichen Wald müssen finalisiert und zügig umgesetzt werden. Die Ausweisung weiterer Großschutzgebiete ist dabei besonders wichtig.

Oberstes Leitbild bei der Bewirtschaftung unserer Wälder sollten Naturwälder sein. Menschliche Eingriffe und die Bewirtschaftung des Waldes sollten das Ökosystem Wald möglichst wenig stören, die Bewirtschaftung des Waldes muss sich konsequenter an waldökologische Prozesse annähern und ein Mindestmaß an ökologischen Kriterien erfüllen: Gerade im öffentlichen Wald sollte daher eine Zertifizierung nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) erfolgen.

1. AUSGANGSSITUATION

Von Natur aus würden auf 66 Prozent der Bundesfläche Rotbuchenwälder wachsen. Heute sind nur noch 2,4 Prozent der deutschen Wälder Laubwälder, die älter als 160 Jahre sind.

Aufgrund der intensiven Bewirtschaftung unserer Wälder in den letzten Jahrhunderten dominieren Nadelforste unser Landschaftsbild: Sie sind geprägt durch die künstliche Einbringung nicht standortheimischer und nicht heimischer Baumarten. Fichte und Kiefer sind in Deutschland die häufigsten Baumarten. Unsere Wälder sind überwiegend einschichtig oder zweischichtig (gleichaltrig bzw. aus einer oder zwei Altersklassen) aufgebaut und sehr strukturarm. Da die Bäume früh geerntet werden, sind unsere Wälder sehr jung. Es gibt nur wenige alte, dicke Bäume, die natür-

lich zerfallen dürfen. Doch gerade diese sind wichtiger Lebensraum für Käfer, Vögel oder Fledermäuse. Da fast alles Holz genutzt wird, verbleibt wenig Totholz im Wald.

Diese durch intensive forstliche Bewirtschaftung geprägten Wälder weichen so sehr von natürlichen Wäldern ab, dass sie nicht oder nur bedingt in der Lage sind, ihre Aufgabe für den Arten- und Klimaschutz zu erfüllen. Viele Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sind gefährdet, weil sie auf typische Strukturen naturnaher Wälder, wie z. B. Altholzinseln, spezialisiert sind. Ihnen fehlt schlichtweg der Raum zum Leben. Für die natürlich vorkommende Artenvielfalt sind unsere künstlich angelegten Forste kein angemessener Ersatz.

Auch im Kampf gegen den Klimawandel spielt der Aufbau vorratsreicher, naturnaher Wälder eine wichtige Rolle: Aufgrund der intensiven Holznutzung hat die CO₂-Senkenleistung des deutschen Waldes seit 1990 drastisch abgenommen. Soll der Wald wieder mehr CO₂ speichern, müssen die Holzvorräte gesteigert werden. Zahlreiche Forschungsergebnisse³ belegen, dass vor allem alte, vorratsreiche und naturnahe Wälder eine zentrale Rolle für den Klimaschutz spielen: Holz wächst an Holz.

Naturnahe, in sich stabile Waldökosysteme sind voraussichtlich den Herausforderungen des Klimawandels eher gewachsen als Wälder, die durch häufige Eingriffe in ihrem Gleichgewicht gestört sind.

2. FRAGESTELLUNG UND METHODIK

Um herauszufinden, inwieweit die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie in den Landeswäldern der Bundesländer bereits umgesetzt worden sind, erstellte Greenpeace einen Fragebogen.

Dazu wurden die für Wald relevanten Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie identifiziert und daraus 22 Fragen zu ihrer Umsetzung abgeleitet (siehe Anhang). Abgefragt wurden Daten zum Waldschutz und zur Waldnutzung. Daten zur Größe und Lage der holznutzungsfreien Waldflächen mit natürlicher Waldentwicklung⁴ im jeweiligen Bundesland waren dabei genauso relevant wie der Umgang mit nicht heimischen Baumarten oder die Entwicklung der Totholzvorräte.⁵ Im Juli 2015 verschickte Greenpeace den Fragebogen an die Umwelt- und Landwirtschaftsministerien der Bundesländer. Zur Auswertung der Antworten wurde ein Bewertungsschlüssel (siehe Anhang) erarbeitet. Die Auswertung der Daten erfolgte auf den von den Bundesländern gemachten Angaben. Diese Angaben entsprechen in einigen Punkten (z. B. hinsichtlich der

Entwicklung der Totholz-Vorräte) nicht zwangsläufig dem Trend, der sich aus dem Vergleich der Daten der dritten Bundeswaldinventur (BWI 3) mit der zweiten Bundeswaldinventur (BWI 2) abzeichnet.⁶ Hier besteht offensichtlich eine Diskrepanz zwischen den Angaben und Zielsetzungen der Länder und dem, wie zwischen 2002 und 2012 im Wald gewirtschaftet wurde. Dennoch wurde diese Diskrepanz nicht bewertet. Lediglich, wenn einzelne Angaben, beispielsweise zu Flächen mit natürlicher Waldentwicklung stark von öffentlich zugänglichen Daten abwichen, wurde dies in die Auswertung mit einbezogen.

Das Gesamtergebnis der Auswertung setzt sich aus zwei Teilergebnissen zusammen:

- WALDSCHUTZ
- WALDNUTZUNG

Insgesamt konnten bei der Bewertung maximal 12 Punkte erreicht werden, davon vier Punkte im Teilbereich Waldschutz, acht bei der Waldnutzung.

³ Old growth forests as global carbon sinks, Luyssaert & Schulze et al., 2008; <http://www.nature.com/nature/journal/v455/n7210/full/nature07276.html>.

⁴ NWE-Flächen werden dabei definiert als: Alle bewaldeten und waldfähigen Flächen, die dauerhaft nicht forstlich genutzt oder gepflegt werden, dauerhaft rechtlich oder durch Einbindung gesichert und größer / gleich 0,3 ha sind.

⁵ Bremen wurde von der Umfrage ausgenommen, da die Waldfläche in diesem Bundesland sehr klein ist.

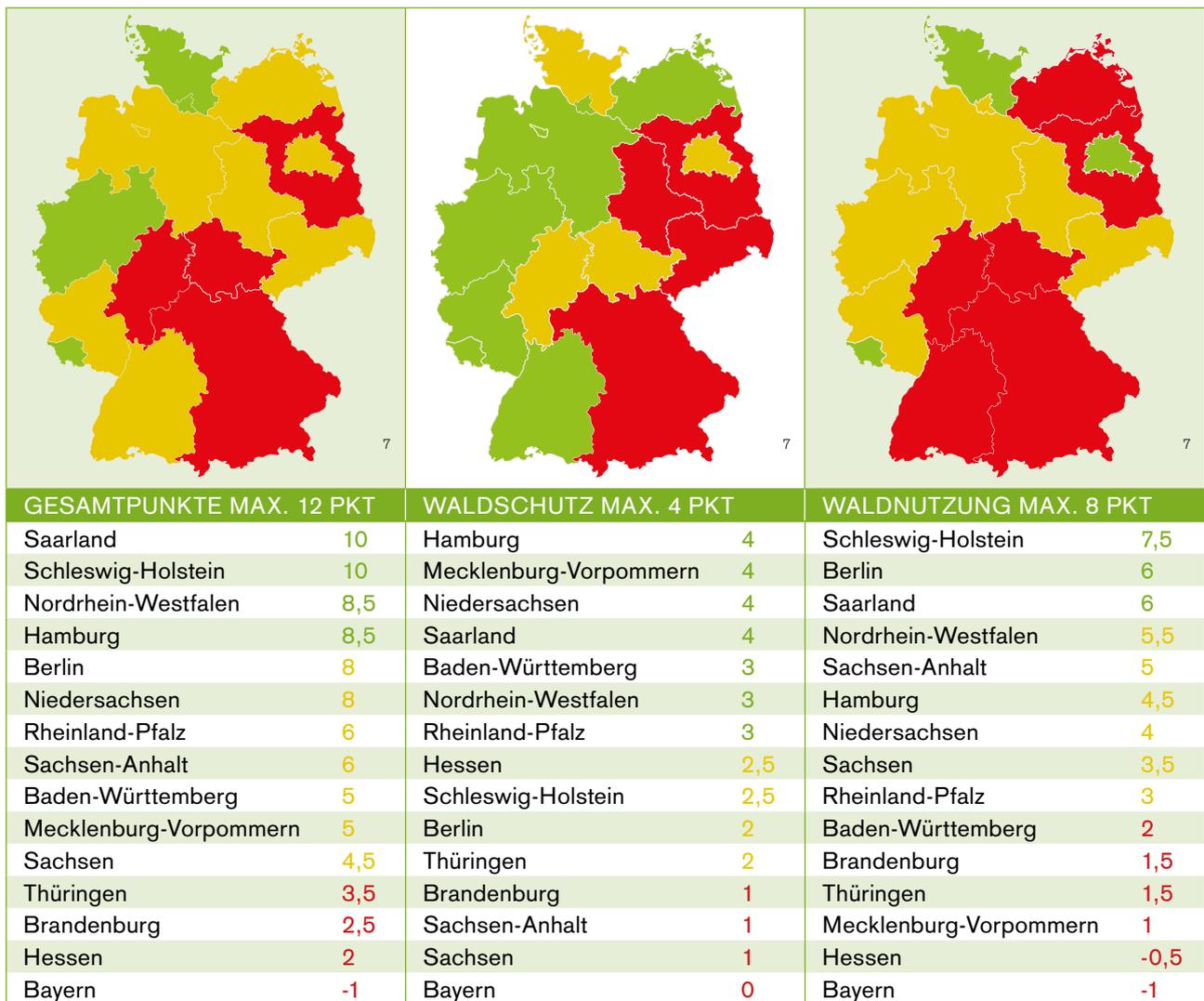
⁶ <https://bwi.info/inhalt1.aspx>

3. DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER ERGEBNISSE

3.1. GESAMTERGEBNIS

Kein Bundesland hat in der Auswertung zur Umsetzung der Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie die Maximalpunktzahl von 12 Punkten erreicht. In keinem Bundesland werden somit die Anforderungen der Biodiversitätsstrategie vollständig erfüllt. Die Bundesländer Saarland und Schleswig-Holstein sind mit je 10 Punkten

auf einem guten Weg, die Herausforderungen von Umweltschutz, Artenschutz und Klimaschutz im Wald zu erfüllen. Die Schlusslichter bilden Bayern (-1 Punkt) und Hessen (2 Punkte). Hier gibt es enorme Defizite- sowohl hinsichtlich des Waldschutzes als auch bei der Nutzung der Wirtschaftswälder.



3.2. TEILERGEBNISSE

Im Folgenden werden die Teilergebnisse dargestellt und bewertet.

7 Deutschlandkarte: Designed by Freepik.com

3.2.1. ERGEBNISSE WALDSCHUTZ

Die Nationale Biodiversitätsstrategie sieht vor: »2020 beträgt der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung fünf Prozent der Waldfläche.«

Regierungen von Bund und Ländern sowie die Kommunen sollen dabei eine Vorbildfunktion ausüben und eine natürliche Entwicklung auf 10 Prozent der Waldfläche der öffentlichen Hand bis 2020 umsetzen.

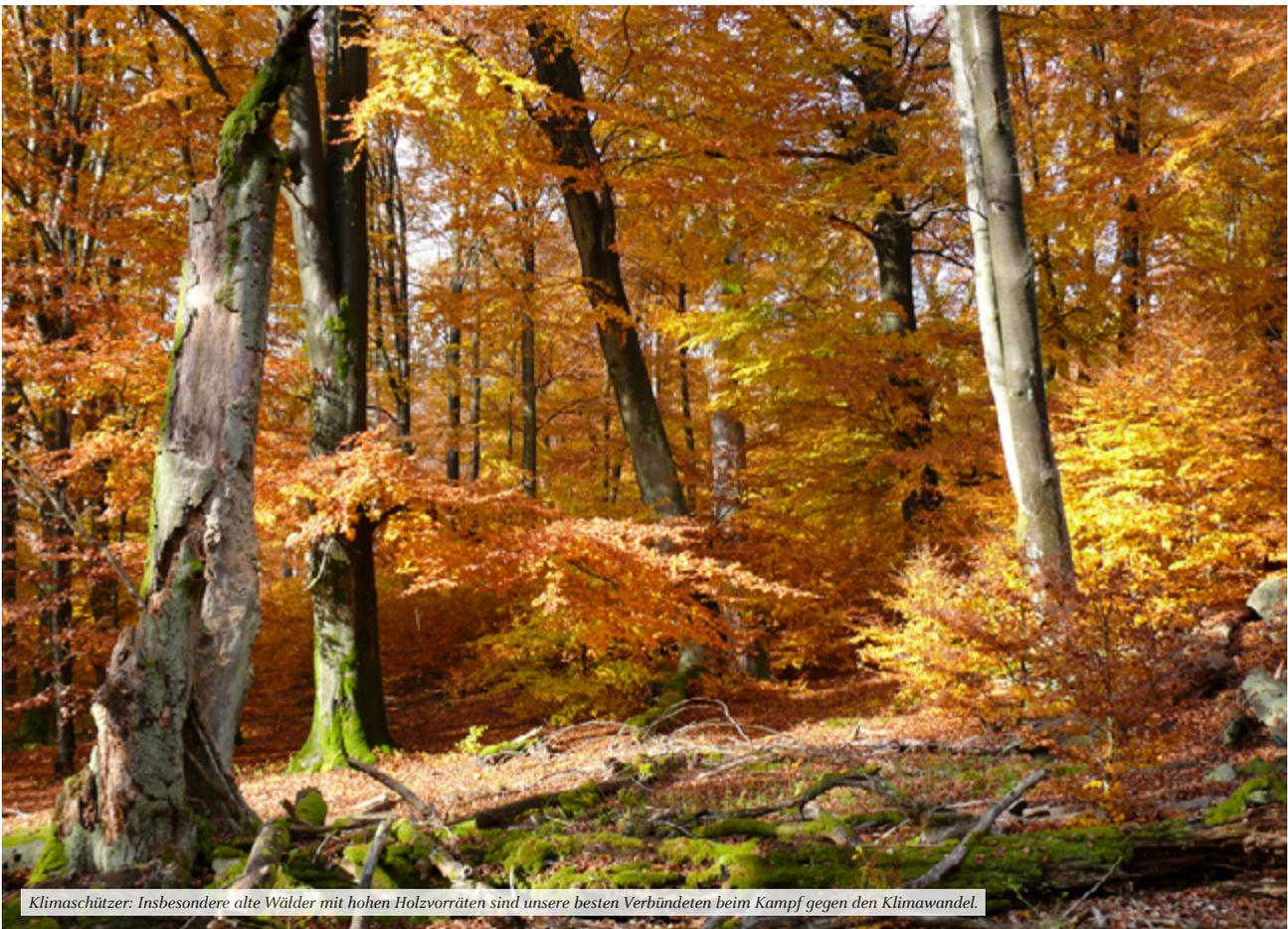
HINTERGRUND

Ein gutes Netzwerk aus Schutzgebieten ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt vieler Pflanzen- und Tierarten. Schutzgebiete schaffen Rückzugsmöglichkeiten für Arten mit besonders spezialisierten Lebensraumsprü-

chen. Die intensive Bewirtschaftung unserer Wälder ist ein immenser Störfaktor und hat dazu geführt, dass alte, strukturreiche Wälder mit hohen Biotop- und Totholzanteilen äußerst selten geworden sind.

GREENPEACE FRAGT NACH

- ▶ Angabe über die holznutzungsfreie öffentliche Waldfläche (NWE) in ihrem Bundesland in Hektar, getrennt nach Besitzart.
- ▶ Planen Sie im Landeswald den Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern?



Klimaschützer: Insbesondere alte Wälder mit hohen Holzvorräten sind unsere besten Verbündeten beim Kampf gegen den Klimawandel.

BEWERTUNGSSCHLÜSSEL

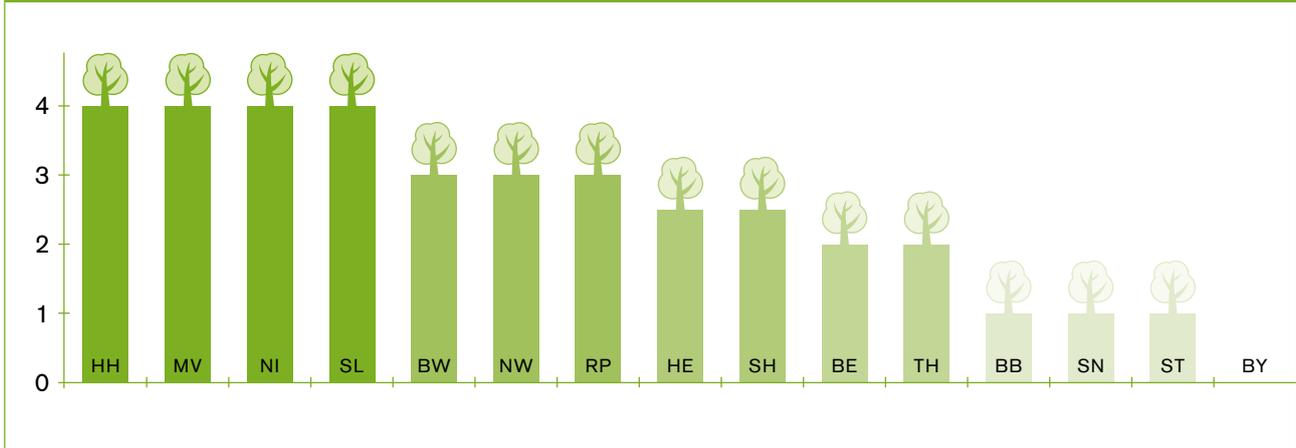
Die Flächen der natürlichen Waldentwicklung (NWE) wurden für den Landeswald folgendermaßen bewertet:

- Für eine Fläche von 0 bis 3,9 Prozent vom Landeswald gab es null Punkte
- für 4 bis 6,9 Prozent einen Punkt und
- ab 7 Prozent aus der forstlichen Nutzung genommener Fläche zwei Punkte.

Die Absicht, den NWE-Anteil im Gesamtwald auf 5 Prozent und im Landeswald auf 10 Prozent bis 2020 zu erhöhen, wurde mit einem Punkt bewertet.

Je ein halber Punkt wurde vergeben, wenn zwar die Absicht bestand, die NWE-Fläche zu erhöhen, jedoch erst nach 2020, sowie für die Absicht, diese auf lediglich 8 oder 9 Prozent des Landeswaldes zu vergrößern.

DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDSCHUTZ



Nur vier Bundesländer haben beim Waldschutz die volle Punktzahl erreicht: Das Saarland, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg Vorpommern. Nordrhein-Westfalen nimmt im Landeswald ganz klar seine Vorbildfunktion für den Waldschutz wahr: Mit 14,7 Prozent Landeswaldflächen für eine natürliche Waldentwicklung führt Nordrhein-Westfalen die Bundesländer in diesem Punkt an. Aufgrund des hohen Privatwaldanteils kommt Nordrhein-Westfalen dennoch nicht auf einen Anteil von fünf Prozent Flächen mit natürlicher Waldentwicklung für den Gesamtwald.

Das Schlusslicht beim Waldschutz bildet eindeutig Bayern: Bisher hat Bayern lediglich 3,7 Prozent seiner Landeswälder aus der forstlichen Nutzung genommen und nicht die Absicht, sich auf einen festen Prozentsatz für aus der forstlichen Nutzung genommene Flächen festzulegen.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE WALDSCHUTZ

Nur wenige Bundesländer haben die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie zum Waldschutz bereits erreicht. Die zügige Auswahl und Ausweisung von Schutzgebieten ist für den Erhalt der Artenvielfalt jedoch von großer Bedeutung. Die Bemühungen der meisten Bundesländer diesbezüglich reichen noch nicht aus, um ihrer internati-

onalen Verantwortung zum Schutz und Erhalt der Artenvielfalt nachzukommen. Die Bundesländer sollten zügig geeignete, möglichst große, unzerschnittene Waldflächen ausweisen, miteinander vernetzen und rechtlich absichern.



Alte, naturnahe Buchenwälder sind eine Seltenheit in Deutschland.

3.2.2. ERGEBNISSE WALDNUTZUNG

Zur Bewertung der Waldnutzung in den Bundesländern wurden Fragen zur Reduktion nicht heimischer Baum-

arten, der Einbringung nicht heimischer Baumarten in Schutzgebiete, der Steigerung des Totholz-Anteils, Zertifizierung sowie der Entwicklung der Holzvorräte gestellt.

NICHT HEIMISCHE BAUMARTEN

Die Nationale Biodiversitätsstrategie formuliert hierzu klare Ziele: »Bis zum Jahre 2020 haben sich die Bedingungen für die in Wäldern typischen Lebensgemeinschaften (Vielfalt in Struktur und Dynamik) weiter verbessert. Bäume und Sträucher der natürlichen Waldgesellschaft verjüngen sich ganz überwiegend natürlich... Bei der Neubegründung von Wäldern werden vermehrt standortheimische Baumarten verwendet... Der Anteil nicht standortheimischer Baumarten reduziert sich kontinuierlich.«⁸

HINTERGRUND

Aufgrund der intensiven forstlichen Bewirtschaftung unserer Wälder kommen Buchen heute nur noch auf sieben Prozent ihres ursprünglichen Areals vor. Stattdessen sind Nadelhölzer wie Fichten und Kiefern die häufigsten Baumarten in Deutschland. Das führt für die heimische Artenvielfalt zu vielen Problemen: Fichten sind oft nicht an die Standorte, auf denen sie eingebracht wurden, angepasst und daher anfällig für Stürme oder Schädlinge wie den Borkenkäfer.

Aus wirtschaftlichen Gründen wurden viele schnellwachsende, nicht heimische Baumarten wie Roteichen, Douglasien oder Robinien in unsere Waldökosysteme eingebracht, die sich in den Wäldern weiter ausbreiten. Da viele der nicht heimischen Baumarten invasiv sein können, besteht die Gefahr, dass sie unsere Ökosysteme aus dem Gleichgewicht bringen.

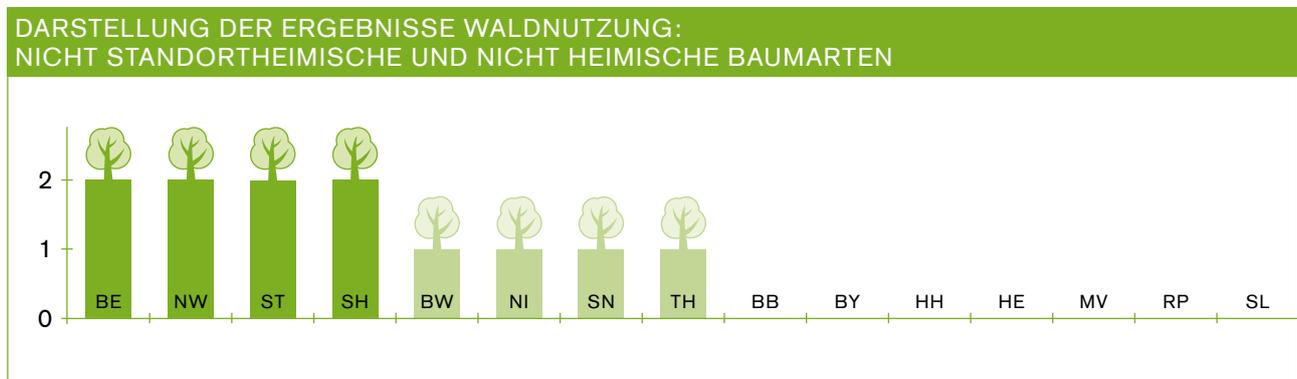
GREENPEACE FRAGT NACH

- ▶ Planen Sie im Landeswald, den Anteil der nicht standortheimischen Baumarten kontinuierlich zu reduzieren?⁹
- ▶ Planen Sie im Landeswald, den Anteil der nicht heimischen Baumarten kontinuierlich zu reduzieren?¹⁰

BEWERTUNGSSCHLÜSSEL

Für die Absicht, den Anteil nicht standortheimischer Baumarten zu reduzieren, gab es jeweils einen Punkt. Für

die Absicht, den Anteil nicht heimischer Baumarten zu reduzieren, gab es ebenfalls jeweils einen Punkt.



⁸ BMU, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007, S.31

⁹ Auf Nachfrage wurden »standortheimische Baumarten« als solche definiert, die zur natürlichen Waldgesellschaft des jeweiligen Standorts gehören. Als nicht standortheimisch dementsprechend solche, die nicht zur natürlichen Waldgesellschaft des betreffenden Standorts gehören.

¹⁰ Auf Nachfrage wurden heimische Baumarten in Anlehnung an §7, Abs. 2, BNAtschG solche definiert, die ihr Verbreitungsgebiet ganz oder teilweise im Inland haben oder hatten. Nicht heimische Baumarten sind also Arten, die ihre Verbreitungsgebiete vorrangig in anderen Regionen oder Kontinenten haben. Hauptsächlich zu nennen sind bei den nicht heimischen Baumarten die Roteiche, Douglasie und Robinie. Zur Präzisierung wurde eine Tabelle der forstwirtschaftlich relevanten, umstrittenen Baumarten mitgeschickt (Quelle: http://www.waldwissen.net/waldwirtschaft/waldbau/umbau/lwf_nichtheimische/index_DE)

Lediglich vier Bundesländer (Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) wollen sowohl nicht standortheimische als auch nicht heimische Baumarten in ihren Landeswäldern reduzieren. Zwar gibt Niedersachsen an, den Anteil nicht heimischer Baumarten reduzieren zu wollen, ergänzt allerdings:

»Es werden ausschließlich standortgerechte, anbauwürdige, ökologisch zuträgliche und bewährte nichtheimische Baumarten.... und dann immer in Mischung mit heimischen Baumarten angebaut. Der Anteil nicht heimischer Baumarten, die die vorgenannten Kriterien nicht erfüllen, wird reduziert.«

Im Klartext heißt das, dass sehr wohl nicht heimische Arten wie Roteiche oder Douglasie eingebracht werden können, wenn diese als »standortgerecht, anbauwürdig, ökologisch zuträglich und bewährt« eingeschätzt werden. Diese Einschätzung kann sehr subjektiv erfolgen. Greenpeace bewertete diese Antwort daher mit null Punkten.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: NICHT STANDORTHEIMISCHE UND NICHT HEIMISCHE BAUMARTEN

Viele Käferarten oder Pilze sind auf die in unseren Wäldern natürlicherweise vorkommenden Baumarten, wie die Rotbuche spezialisiert. Je mehr der natürliche Lebensraum Rotbuchenwald schwindet, desto stärker sind diese Arten gefährdet.

Dennoch wird der Anbau nicht heimischer Baumarten wie der Douglasie gern damit gerechtfertigt, dass diese eventuell den zu erwartenden Klimaveränderungen (mehr Niederschläge im Winter, trockenere Sommer, häufigere Dürreperioden) besser Stand halten könnten. Studien haben gezeigt, dass die Buche auf vielen Standorten besser mit den sich ändernden Wuchsvoraussetzungen zurecht kommen wird als die Douglasie.¹¹ Auch die Palette unse-

rer heimischen Baumarten wie die Flaum-, Trauben- und Stieleiche, die Gemeine Esche und Sommerlinde sind gute Alternativen, die sich auch unter veränderten Klimabedingungen vermutlich als wenig anfällig erweisen werden.

Im Hinblick auf die zu erwartenden, sich ändernden klimatischen Verhältnisse brauchen wir vor allem resiliente, in sich stabile Wälder. In der Regel sind dies diejenigen, die die Natur im Laufe der Evolution durch ausgereifte Anpassungsprozesse hervorgebracht hat. Menschliche Eingriffe und das Einbringen von Gastbaumarten, die diese Evolution nicht mit durchlaufen haben, stellen ein Risiko für die Stabilität der Wälder dar.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum nachzuvollziehen, dass lediglich vier Bundesländer den Anteil nicht heimischer und nicht standortsheimischer Baumarten reduzieren wollen.

Die sinnvollste Klimamaßnahme ist es nach wie vor, Emissionen von Treibhausgasen drastisch einzusparen. Der Anbau nicht heimischer Baumarten sollte daher nicht künstlich durch Förderprogramme angekurbelt werden, sondern gemäß den Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie reduziert werden.



Eine häufige Praxis: selbst alte, ökologisch höchst wertvolle Buchenwälder werden mit schnellwachsenden Douglasien unterpflanzt.

EINBRINGUNG NICHT HEIMISCHER BAUMARTEN IN SCHUTZGEBIETE

»Die Ausweisung ausreichend großer Schutzgebiete und deren Vernetzung zu funktional zusammenhängenden Biotopverbundsystemen ist für die Erhaltung der biologischen Vielfalt von zentraler Bedeutung.«

Die Nationale Biodiversitätsstrategie unterstreicht weiterhin die Bedeutung des Schutzgebietsnetzes Natura 2000 und betont die Bedeutung der Bundesländer zur Umsetzung dieser Gebiete. Weiterhin strebt die Nationale Biodiversitätsstrategie die »Vermeidung der Verfälschung der genetischen Vielfalt der wildlebenden Tier- und Pflanzenwelt durch Ansiedlung und Ausbreitung von nicht heimischen Tier- und Pflanzenarten an.«¹²

11 z.B. Kölling, Die Douglasie im Klimawandel: Gegenwärtige und zukünftige Anbaubedingungen in Bayern, LWF Wissen 59 und Kölling, Zimmermann, Walentowski, Klimawandel: Was geschieht mit Buche und Fichte, AFZ-Der Wald, 11 / 2007

12 BMU, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007, S.30

HINTERGRUND

1992 wurde von der Europäischen Union beschlossen, ein Schutzgebietsnetz (Natura 2000) aufzubauen, das dem Erhalt wildlebender Tier- und Pflanzenarten dient und deren natürliche Lebensräume schützt. FFH-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie) sind ein wesentlicher Bestandteil von Natura 2000. Über 4.500 FFH-Gebiete sind derzeit in Deutschland definiert und der EU gemeldet. FFH-Gebiete im Wald schließen eine wirtschaftliche Nutzung nicht aus. Jedoch ist das Ziel der Bewahrung und der Wiederherstellung eines »günstigen Erhaltungszustands der natürlichen Lebensräume und wildlebenden Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse«¹³ dabei zu verfolgen.

Das Einbringen nicht heimischer Baumarten gefährdet die Entwicklung unserer Wälder hin zu naturnäheren Wäldern und damit die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie. Auch das Schutzziel und der Erhaltungszustand von FFH-Gebieten kann dadurch empfindlich gefährdet werden.

Die Nationale Biodiversitätsstrategie definiert klar, dass der Anteil nicht heimischer Baumarten in unseren Wäldern reduziert werden sollte. Eine Einbringung dieser Baumarten in besonders schützenswerte Wälder ist daher aus ökologischer Sicht nicht nachvollziehbar. Auch das Bundesamt für Naturschutz bezieht hierzu, beispielsweise hinsichtlich des Anbaus der Douglasie, klar Position:

»Der Anbau von Douglasie dient nicht den Zielen des Naturschutzes. Daher sollte in vorrangig dem Naturschutz dienenden Gebieten (z. B. NSG, Nationalparke, Natura 2000-Gebiete, Kernzonen der Biosphärenreservate) die Douglasie nicht angebaut werden.

Bestehende Douglasienbestände sollten im Rahmen waldbaulicher Eingriffe umgewandelt werden. Douglasienaufwuchs auf Naturschutzvorrangflächen sollte mittels adäquater Pflegemaßnahmen möglichst vollständig zurückgedrängt werden.«¹⁴

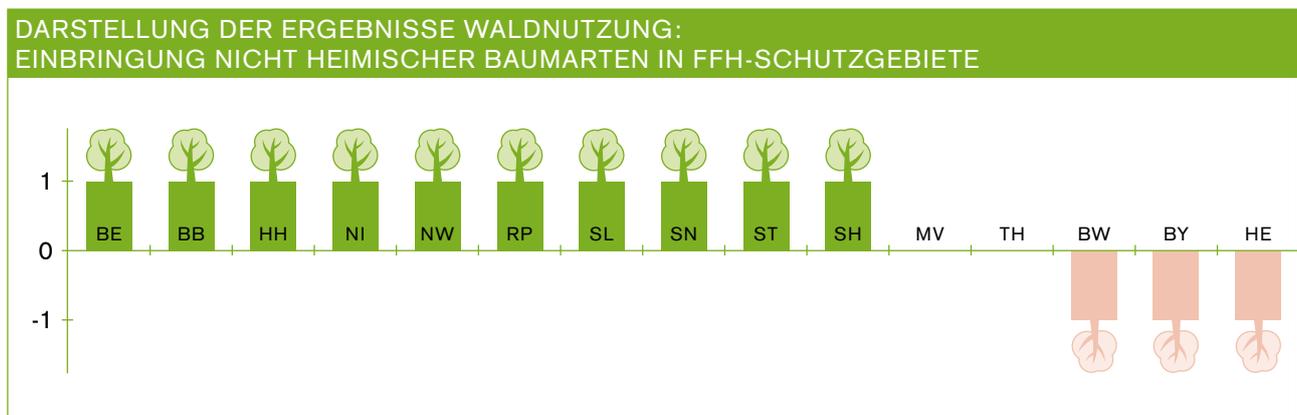
GREENPEACE FRAGT NACH

- ▶ Werden im Landeswald nicht heimische Baumarten wie die Douglasie, Roteiche, Robinie in FFH-Schutzgebiete eingebracht?
- ▶ Falls nein, ist dies schriftlich festgelegt und wenn ja, wo?
- ▶ Falls ja, werden nicht heimische Baumarten auch in die kartierten Lebensräume eingebracht?
- ▶ Falls ja, in welche?

BEWERTUNGSSCHLÜSSEL

Für das Einbringen nicht heimischer Arten in FFH-Gebiete gab es null Punkte, das Nichteinbringen wurde mit einem Punkt bewertet. Wenn nicht heimische Baumarten

auch noch in kartierte Lebensräume (die Herzstücke der FFH-Gebiete) eingebracht werden, wurde dies mit einem Minuspunkt bewertet.



¹³ www.bfn.de/0316_grundsaeetze.html#c71798

¹⁴ https://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/landwirtschaft/lwf_wissen_59_13.pdf

Die meisten Länder bringen keine nicht heimischen Arten in FFH-Gebiete ein. Dies ist positiv zu bewerten. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen bringen nicht heimische Baumarten in FFH-Gebiete ein, machen aber zumindest vor den kartierten Lebensräumen innerhalb dieser Gebiete halt. Baden-Württemberg, Bayern und Hessen hinken komplett hinter den anderen Bundesländern her: Hier werden nicht heimische Arten in FFH-Gebiete und die kartierten Lebensräume eingebracht.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: EINBRINGUNG NICHT HEIMISCHER BAUMARTEN IN FFH-SCHUTZGEBIETE

Bayern beruft sich bei der Einbringung nicht heimischer Baumarten auf das FFH-Recht: »Die Einbringung nicht heimischer, gesellschaftsfremder Baumarten ist auch in-

nerhalb von FFH-Schutzgebieten unter Beachtung der Vorgaben des FFH-Rechts, d.h. insbesondere des Verschlechtsverbots und der Erhaltungsziele, grundsätzlich nicht ausgeschlossen.«

Der Verzicht auf die Einbringung nicht heimischer Baumarten in besonders schützenswerte Wälder, wie beispielsweise FFH-Gebieten, sollte in allen Bundesländern selbstverständlich sein: Hier sollte der Schutz von Tier- und Pflanzenarten und deren natürlichem Lebensraum vor wirtschaftlichen Interessen stehen.

Es ist daher alarmierend, dass Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, sowie Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen diesen Grundsatz nicht beachten und durch die Einbringung nicht heimischer Arten besonders schützenswerte Wälder und die darin vorkommende Artenvielfalt gefährden. Hier besteht dringender Nachholbedarf.

TOTHOLZ

Die nationale Biodiversitätsstrategie macht auf die Bedeutung von Totholz im Wald aufmerksam und setzt das Ziel für 2020: »Alt- und Totholz sind in ausreichender Menge und Qualität vorhanden.«¹⁵



15 BMU, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007, S. 31

HINTERGRUND

Totholz im Wald ist ein entscheidender Faktor für die Artenvielfalt, denn sowohl stehendes als auch liegendes Totholz (Stämme, Äste) sind bedeutende Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten. Zahlreiche Pilze und Käferarten haben sich darauf spezialisiert und sind auf einen hohen Totholzanteil unterschiedlichster Qualitäten in den Wäldern angewiesen. Abgestorbene, noch stehende

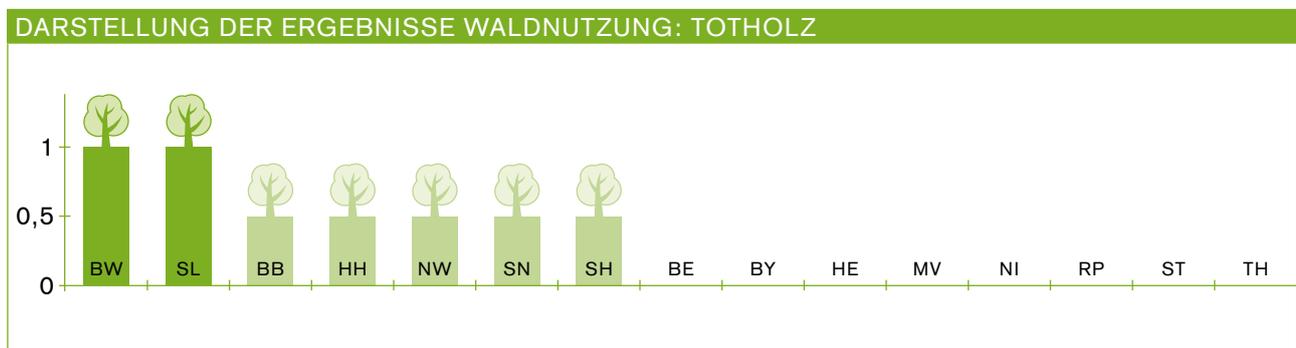
Stämme bieten zahlreichen Vogelarten Raum für Nisthöhlen. Umgekippte Wurzelteller schaffen vielfältige Strukturen wie Schatten und kleine Teiche, was sich positiv auf Mikroklima, Wasserhaushalt und Artenvielfalt auswirkt. Nach Einschätzung von Wissenschaftlern wird in Laubwäldern ein Totholzvorrat von mindestens 40 m³ pro Hektar benötigt, um für den Großteil der an Totholz gebundenen Arten einen Lebensraum bereitzustellen.¹⁶

GREENPEACE FRAGT NACH

- ▶ Wie hoch sind die Totholzvorräte in den Laubwäldern der Landeswälder im Durchschnitt?
- ▶ Soll der Anteil von Totholz in den Laubwäldern im Landeswald auf durchschnittlich 40 m³ pro Hektar gesteigert werden?

BEWERTUNGSSCHLÜSSEL

Die Absicht, Totholzvorräte in Laubwäldern auf 40 m³ pro Hektar zu steigern, wurde mit einem Punkt bewertet. Eine Steigerung der Totholzvorräte auf einen Wert unterhalb dieses Wertes wurde mit einem halben Punkt bewertet.



In allen Bundesländern sind die Totholzvorräte insgesamt deutlich zu niedrig und aus ökologischer Sicht nicht ausreichend. Damit steht derzeit in keinem Bundesland ausreichend Lebensraum für eine Vielzahl an Totholz gebundener Arten bereit. Das in der Nationalen Biodiversitätsstrategie formulierte Ziel, dass Totholz in »ausreichender Menge und Qualität« vorhanden sein soll, wird damit bisher von keinem Bundesland erfüllt. Die meisten Länder haben auch keine konkreten Pläne oder Zielvorstellungen bezüglich der Anreicherung von Totholz in den Landeswäldern.

Lediglich Baden-Württemberg und das Saarland gaben an, die Totholzvorräte auf ein ökologisches Mindestmaß von 40 m³ steigern zu wollen.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: TOTHOLZ

Ein direkter Vergleich der angegebenen Totholzvorräte ist schwierig, da die Angaben der Länder stark voneinander abweichen. Dies kann unterschiedliche Ursachen haben. Einerseits könnte die Erfassung der Totholzvorräte nach unterschiedlichen Kriterien erfolgt sein. Der jeweilige Erfassungsschlüssel (ab welchem Durchmesser wurde Totholz erfasst, etc.) wurde trotz entsprechend formulierter Anfrage nicht von allen Bundesländern mit angegeben. Auch die Altersstruktur der Wälder kann unterschiedliche Auswirkungen auf die Totholzvorräte der Wälder haben.

Ein Vergleich mit den im Rahmen der dritten Bundeswaldinventur erhobenen Totholzvorräten nach Baumarten-

¹⁶ http://www.fva-bw.de/publikationen/einblick/einblick200802_i.pdf, S. 5ff

gruppen¹⁷ legt jedoch nahe, dass einige Bundesländer nicht nur wie angefragt den Totholzanteil ihrer Laubwälder angegeben haben, sondern den gesamten Totholzvorrat, der zum Teil hohe Anteile im Nadelholz enthält.

Die Bereitschaft, die Landeswälder durch die Anreicherung von Totholz naturnäher werden zu lassen, ist außer in Baden-Württemberg und dem Saarland dennoch als äußerst gering zu bewerten.

Die wirtschaftliche Nutzung von Holz steht deutlich im Vordergrund: Vor allem der stark gestiegene Verbrauch von Energieholz wirkt sich negativ auf unsere Wälder aus: Insgesamt wird in Deutschland inzwischen mehr Holz ver-

brannt als stofflich genutzt.¹⁸ Durch die verstärkte Energieholznutzung wird aus dem Wald Holz entnommen, das ehemals dort verbleiben konnte, weil es für die stoffliche Nutzung uninteressant war. Hierzu gehört beispielsweise nährstoffreiches Kronenmaterial. Die Entnahme von Biotopbäumen und Totholz wirken sich nicht nur negativ auf die Artenvielfalt sondern auch auf die Nährstoffversorgung unserer Waldböden aus. Dies kann langfristig auch die Produktivität unserer Wälder beeinträchtigen und einen zusätzlichen Stressfaktor zu den Anforderungen des Klimawandels bedeuten.

ZERTIFIZIERUNG

Die Nationale Biodiversitätsstrategie sieht vor, eine »Zertifizierung von 80 Prozent der Waldfläche nach hochwertigen ökologischen Standards bereits bis 2010 zu erreichen.«¹⁹

HINTERGRUND

Da die Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder nicht nur der Bereitstellung von Holz, sondern vor allem auch dem Gemeinwohl wie der Erholung und der Erhaltung der Artenvielfalt dienen soll, sollte die Bewirtschaftung unserer Wälder von unabhängigen Dritten daraufhin kontrolliert werden. Holz- und Papierprodukte sollten durch ein glaubwürdiges Zertifikat gekennzeichnet werden, damit Verbraucher durch die Wahl nachhaltiger Holz- und Papierprodukte ebenfalls einen Beitrag zum Schutz der Wälder leisten können.

Der Forest Stewardship Council (FSC) ist bisher das einzige Zertifizierungssystem, das von großen, internationalen Umweltorganisationen wie Greenpeace anerkannt wird und anspruchsvolle, international gültige Prinzipien und Kriterien für die Bewirtschaftung von Wäldern entwickelt hat.

Aus diesem Grund sollten die landeseigenen Wälder FSC zertifiziert und deren Bewirtschaftung auf die Einhaltung strenger ökologischer und sozialer Kriterien überprüft

werden. Andere, leichter erhältliche Zertifikate wie das des Programme for the Endorsement of Forest Certification (PEFC), reichen nicht aus, um eine naturnahe Bewirtschaftung der Wälder nachzuweisen. Das PEFC-Zertifikat kann ohne vorherige betriebliche Kontrolle an ganze Regionen vergeben werden. Die Einhaltung von ökologischen Kriterien wird bei diesem Zertifikat nicht ausreichend kontrolliert:

»Mit einer freiwilligen Selbstverpflichtungserklärung kann sich der Waldeigentümer bzw. der forstliche Zusammenschluss zur Einhaltung der PEFC-Standards verpflichten... Die unterschriebene Selbstverpflichtungserklärung sendet der Waldbesitzer an die PEFC-Geschäftsstelle, die im Auftrag der regionalen PEFC-Arbeitsgruppe den Antrag bearbeitet. Darüber hinaus überweist er die anfallenden Gebühren. Nachdem die Gebührenrechnung beglichen wurde, geht dem Waldbesitzer die PEFC-Urkunde zu. Diese gilt so lange, wie das regionale Zertifikat Gültigkeit besitzt.«²⁰

GREENPEACE FRAGT NACH

- ▶ Ist der Landeswald nach FSC zertifiziert bzw. beabsichtigen Sie die FSC-Zertifizierung der landeseigenen Wälder zu erreichen?
- ▶ Falls ja, bis wann soll die FSC-Zertifizierung abgeschlossen sein?

17 <https://bwi.info/inhalt1.3.aspx?Text=8.04%20Totholz-Baumartengruppe&prRolle=public&prInv=BWI2012&prKapitel=8.04>

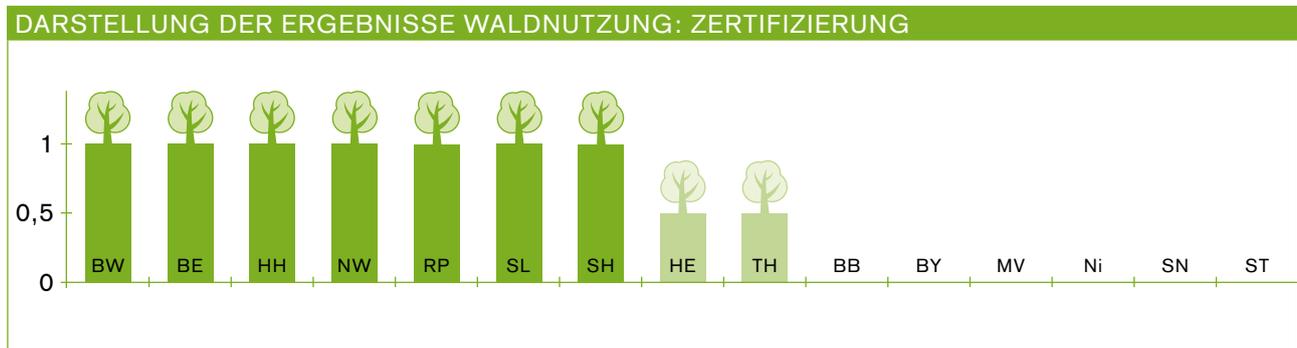
18 MANTAU, U. (2012): Holzrohstoffbilanz Deutschland, Entwicklungen und Szenarien des Holzaufkommens und der Holzverwendung 1987 bis 2015, Hamburg

19 BMU, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007, S. 32

20 <https://pefc.de/fur-waldbesitzer/ablauf-der-zertifizierung>

BEWERTUNGSSCHLÜSSEL

Für die bereits erfolgte FSC-Zertifizierung wurde ein Punkt vergeben, für die geplante FSC-Zertifizierung 0,5 Punkte.



In sieben Bundesländern sind die landeseigenen Wälder bereits FSC zertifiziert und in zwei Ländern ist diese Zertifizierung geplant bzw. in Arbeit. Länder wie Bayern, Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind entweder überwiegend PEFC, gar nicht oder zu sehr geringen Anteilen zertifiziert.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: ZERTIFIZIERUNGSSTANDES

Obwohl bereits 2010 80 Prozent der Waldfläche Deutschlands nach hochwertigen ökologischen Standards zertifiziert hätten sein sollen, sind heute lediglich rund 10 Prozent nach dem Standard des FSC zertifiziert. Länder

wie Bayern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen fürchten offensichtlich, entweder die ökologischen und sozialen Anforderungen des FSC Standards oder die Kontrolle durch einen unabhängigen Zertifizierer nicht erfüllen zu können. Das PEFC Zertifizierungssystem wird von keiner der führenden Umweltorganisationen aufgrund der niedrigen Standards und unzureichenden Kontrollen anerkannt.

Selbst das Land Niedersachsen lässt sich in Punkto Zertifizierung von den Landesforsten an der Nase herumführen und setzt auf PEFC sowie ein eigenes Bewirtschaftungskonzept (LÖWE), welches weder durch unabhängige Dritte kontrolliert wird, noch für den Verbraucher erkennbar ist.



HOLZVORRAT UND EINSCHLAG

Die Nationale Biodiversitätsstrategie weist auf den Wert des Rohstoffes Holz hin: »Der aus Wäldern nachhaltig gewonnene Rohstoff Holz erfreut sich großer Wertschätzung.« Weiterhin heißt es in der Nationalen Biodiversitätsstrategie, dass sich die Wälder an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen sollen.

HINTERGRUND

Der Holzvorrat ist ein wichtiger Indikator für die Naturnähe unserer Wälder. Naturnahe Wälder sind wichtig für den Erhalt der Artenvielfalt. Die Ergebnisse der letzten Bundeswaldinventur haben gezeigt, dass der durchschnittliche Holzvorrat in unseren Wäldern bei rund 336 m³ pro Hektar

liegt. Der Vorrat in naturnahen Laubwäldern könnte doppelt so hoch liegen. Hinsichtlich des Holzvorrates sind unsere Wälder also sehr naturfern.

Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Biodiversität, sondern auch auf die Speicher- und Senkenfunktion unserer Wälder.

GREENPEACE FRAGT NACH

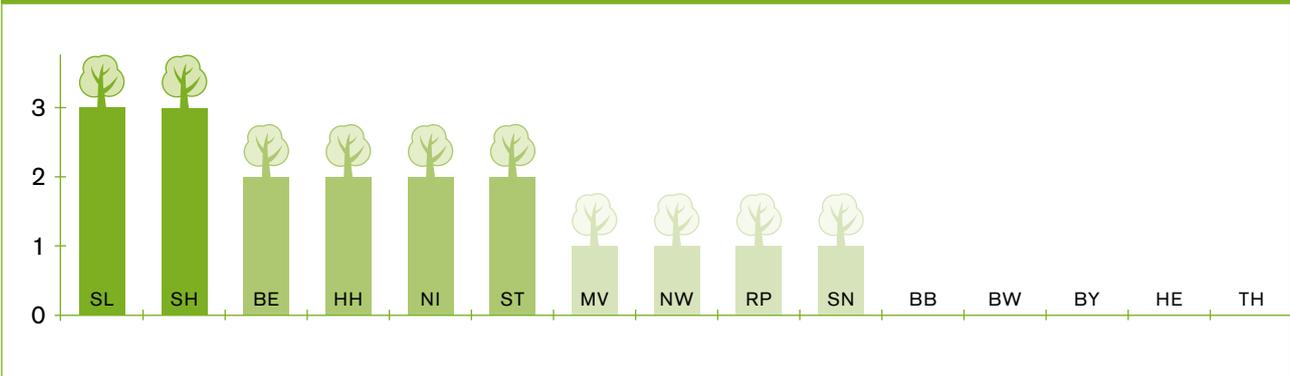
- ▶ Wie hoch ist der aktuelle Holzvorrat im Landeswald im Durchschnitt?
- ▶ Wie viel Prozent vom Zuwachs sollen pro Jahr im Durchschnitt im Landeswald eingeschlagen werden?
- ▶ Planen Sie, den Holzvorrat im Landeswald zu steigern?
- ▶ Gibt es eine angestrebte Zielvorratshöhe, ggf. differenziert nach Bestandestyp und Waldgesellschaft?
- ▶ Wenn ja, welche und in welchem Zeitraum wird diese angestrebt?

BEWERTUNGSSCHLÜSSEL

Bei einem Einschlag von bis zu 60 Prozent vom Zuwachs wurden zwei Punkte vergeben, bei 61 bis 80 Prozent ein Punkt und bei 81 bis 100 Prozent null Punkte. Keine Angaben

führten ebenfalls zu null Punkten. Wenn der Einschlag höher als 100 Prozent war, wurde ein Punkt abgezogen. Ein Plan zur Steigerung des Vorrats wurde mit einem Punkt bewertet.

DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: HOLZVORRAT UND EINSCHLAG



Besonders in den walddreichen Ländern Baden-Württemberg und Hessen wird sehr viel Holz eingeschlagen und fast alles Holz, das wächst, abgeschöpft. Bayern und Brandenburg machen dafür nicht einmal Vorgaben.

Nur in sieben Bundesländern ist bisher geplant, den Holzvorrat im Sinne des Klima- und Artenschutzes zu erhöhen. Bis auf Sachsen-Anhalt hat jedoch kein Bundes-

land diesbezüglich eine klare Zielvorstellung. Und auch in Sachsen-Anhalt ist diese wenig ambitioniert. Die niedrigsten Einschläge haben mit 55 Prozent das Saarland und Schleswig-Holstein (58 Prozent) angegeben. Hamburg hat die von uns gesetzte Grenze für eine durchweg positive Bewertung hinsichtlich der Einschlagsmenge nur ganz knapp verfehlt.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: HOLZVORRAT UND EINSCHLAG

Die Vorräte in den Landeswäldern sind gemessen an den Vorräten von Naturwäldern (auch in Bayern und Baden-Württemberg) äußerst gering und sehr naturfern. Die Holzvorräte in natürlichen Laubwäldern können- je nach Standort- doppelt so hoch liegen und damit auch doppelt so viel Kohlenstoff speichern wie unsere intensiv bewirtschafteten Wälder.

Die CO₂-Senkenleistung des deutschen Waldes hat seit 1990 drastisch abgenommen. Im Sinne des Klimaschutzes sollten die Bundesländer daher ganz klar zum Ziel haben, die Senken- und Speicherfunktion des Waldes wieder zu erhöhen. Dazu ist eine Erhöhung des Holzvorrates, eine Verlängerung der Umtriebszeiten und der Aufbau von Kohlenstoffvorräten im Waldboden (vor allem auf nassen, humusreichen Standorten) zwingend notwendig. Das bedeutet jedoch auch, dass der Einschlag in den Wirtschaftswäldern reduziert werden müsste: Nur wenn mehr Holz zuwachsen darf als eingeschlagen wird kann der Holzvorrat und damit die gespeicherte Menge an Kohlenstoff in unseren Wäldern gesteigert werden. Die Wertschätzung

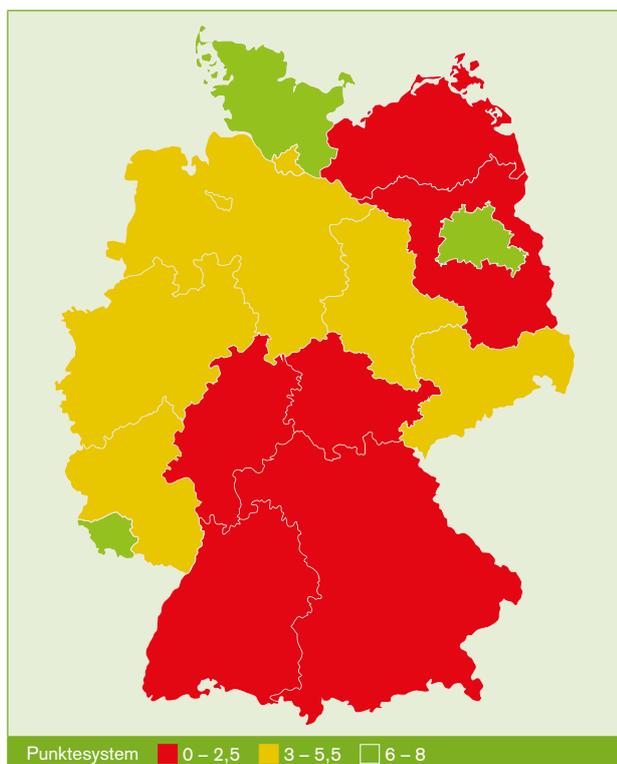
des Rohstoffes Holz könnte durch die Erhöhung der Wertholzproduktion und Verringerung des Industrieholzanteils sowie der energetischen Holzverwendung deutlich an Bedeutung gewinnen. Damit könnte auch der CO₂-Speicher in Form langlebiger Holzprodukte zusätzlich erhalten und erhöht werden.

Zahlreiche Forschungsergebnisse²¹ belegen, dass vor allem alte, vorratsreiche und naturnahe Wälder eine zentrale Rolle für den Erhalt der Artenvielfalt, aber auch beim Klimaschutz spielen. Denn vorratsreiche Wälder mit dicken, alten Bäumen speichern mehr Kohlenstoff als vorratsarme, junge Wälder.

Wenn unsere Wälder gemäß Nationaler Biodiversitätsstrategie naturnäher werden sollen und das zum Klimagipfel in Paris vereinbarte 1,5 Grad Ziel erreicht werden soll, sind die bisherigen und geplanten Maßnahmen der Bundesländer zur Steigerung der Vorräte im Wald nicht ausreichend. Momentan haben lediglich die Landeswälder im Saarland, Schleswig-Holstein und gegebenenfalls Hamburg eine gute Chance, ihre Kohlenstoffvorratskammern wieder aufzufüllen und hinsichtlich des Vorrates naturnäher zu werden.

3.2.3. WALDNUTZUNG RANKING

Für den Bereich Waldnutzung ergibt sich folgendes Ranking über alle Bundesländer.



21 z.B. »Old growth forests as global carbon sinks«, Luyssaert & Schulze et al., 2008; <http://www.nature.com/nature/journal/v455/n7210/full/nature07276.html>

3.2.4. ERGEBNISSE TRANSPARENZ

HINTERGRUND

Da die Landeswälder öffentliche Wälder, also Bürgerwälder sind, sollten Bürger und zivilgesellschaftliche Interessenvertreter wie Umwelt-, Sport- oder Tourismusverbände verstärkt die Möglichkeit haben, sich in Prozesse zum Umgang mit dem Wald einzubringen. Die Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder sollte nicht mehr komplett alleine in den Händen derjenigen liegen, die in der Vergangen-

heit den Wald hauptsächlich als Holzlieferanten behandelt haben und von den wirtschaftlichen Verbindungen zur Holzindustrie abhängen. Dies erfordert ein hohes Maß an Transparenz, Information und Offenheit über den Zustand unseres Waldes sowie dessen Bewirtschaftung. Nur gut informierte Bürger mit einem soliden Fundament an Wissen und Informationen können sich angemessen an solchen Prozessen beteiligen.

GREENPEACE FRAGT NACH

Bitte schicken Sie uns:

- ▶ Eine Liste der einzelnen holznutzungsfreien Waldflächen (NWE) im Landeswald ab einer Flächengröße von 20 Hektar (falls möglich gestaffelt nach Flächengrößen gemäß NWE Flächengrößenstaffelung: Flächen von 20–100 ha, von 100–500 ha, von 500–1000 ha und größer 1000 ha) mit Angaben zu Flächengröße, Dauer der forstlichen Nichtnutzung, der/die prägende/n Bestandestyp/en (aktuelle Bestockung), potenzielle natürliche Vegetation bzw. vergleichbare Grundlagen in Ihrem Bundesland, Status der rechtlichen Absicherung
- ▶ Die Summe (in Hektar) und Flächenanzahl der holznutzungsfreien Waldflächen (NWE) im Landeswald mit einer Flächengröße kleiner als 20 Hektar
- ▶ Die genaue geografische Lage der einzelnen holznutzungsfreien Flächen im Landeswald (Polygon der Fläche als Shapefile, nach Möglichkeit mit Verknüpfung zu den unter Punkt 3. a) und 3. b) abgefragten Informationen)

DARSTELLUNG UND BEWERTUNG

Nur drei Bundesländer (Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Sachsen) beantworteten die Fragen nach Lage und Beschaffenheit der holznutzungsfreien Flächen im Landeswald vollständig.

Hinsichtlich der Transparenz von Daten zur Anzahl, Lage und Ausstattung von Flächen, die im Sinne der Nationalen Biodiversitätsstrategie bereits einer natürlichen

Waldentwicklung überlassen wurden, gibt es in den meisten Ländern Nachholbedarf. Eine wirkliche Beteiligung und Einbindung der Bevölkerung bei Maßnahmen zum Artenschutz ist nur dann möglich, wenn die Bevölkerung über den Zustand des Waldes umfassend und transparent informiert wird. Hierzu gehört eine ehrliche Bilanzierung der Flächen ohne forstliche Nutzung, denn diese sind für den Artenschutz von großer Bedeutung.



Öffentlicher Wald ist Bürgerwald: doch eine wirkliche Beteiligung und Einbindung der Bevölkerung bei wichtigen Fragen zum Umgang mit dem Wald findet kaum statt.

4. FAZIT UND FORDERUNGEN

Das Fazit unserer Abfrage zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie im Sinne einer natürlichen Waldentwicklung und naturnahen Waldnutzung ist überwiegend enttäuschend. Kein Bundesland hat die im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie von der Bundesregierung verabschiedeten Ziele bisher vollständig umgesetzt. Klarer Sieger unserer Umfrage sind das Saarland und Schleswig-Holstein: Beide Bundesländer sind auf einem guten Weg, die Herausforderungen von Umweltschutz, Artenschutz und Klimaschutz im Wald zu erfüllen und könnten, wenn sie weiter diesen Kurs halten, bis 2020 die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie erreichen. Das Saarland schnitt hinsichtlich des Waldschutzes, Schleswig-Holstein hinsichtlich der Waldnutzung besser ab, beide kommen auf eine Gesamtpunktzahl von 10 Punkten.

Bayern und Hessen hinken allen anderen Bundesländern weit hinterher: Hier gibt es enorme Defizite vor allem bei der Bewirtschaftung der öffentlichen Landeswälder. Beide Bundesländer sammelten hier Minuspunkte. In Bayern gibt es zusätzlich gravierende Defizite auch hinsichtlich des Waldschutzes.

Die angestrebte Fläche von fünf Prozent im Gesamtwald und 10 Prozent im öffentlichen Wald für eine natürliche Waldentwicklung ist, auf die Waldfläche in Deutschland

bezogen, noch lange nicht erreicht. Zwar haben Länder wie Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und das Saarland bereits mehr als 10 Prozent ihrer Landeswälder aus der forstlichen Nutzung genommen, dieser Schnitt wird von Bundesländern wie Bayern und Brandenburg, die bisher nur 3,7 bzw. 3,4 Prozent ihrer Landeswälder einer natürlichen Waldentwicklung überlassen haben, jedoch massiv gedrückt.

Insgesamt haben beim Waldschutz das Saarland, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern die Nase vorn. Nordrhein-Westfalen hat mit 14,7 Prozent den höchsten Anteil holznutzungsfreier Landeswälder.

Vor allem die Bundesländer, die bisher nur einen geringen Anteil ihrer Landeswälder einer natürlichen Waldentwicklung überlassen haben, müssen jetzt aktiv werden und mehr sowie größere Flächen gut vernetzt für eine natürliche Waldentwicklung ausweisen und rechtlich absichern.

Im Bereich der Waldnutzung hat kein einziges Bundesland die Maximalpunktzahl erreicht. Auch hier hat Schleswig-Holstein die Nase vorn, gefolgt vom Saarland, Berlin und Nordrhein-Westfalen.

Das heißt im Klartext, dass auch in den öffentlichen Landeswäldern ökologische Belange noch nicht ausreichend in den Umgang mit unseren Wäldern einbezogen



Wenn solche Wälder keine Seltenheit bleiben sollen, gibt es für die Bundesländer noch viel zu tun.

werden. Wirtschaftliche Interessen und vor allem der Holzeinschlag stehen im größten Teil der Landeswälder im Vordergrund.

Dies ist in Zeiten des Artenschwundes und Klimawandels längst nicht mehr zeitgemäß. Angesichts der durch den Klimawandel zu erwartenden Herausforderungen spielen möglichst naturnahe Wälder daher eine zentrale Rolle für die Stabilität unserer Wälder. Die Stürme der neunziger Jahre Vivian (1990) und Wiebke (1992), sowie Kyrill (2007) haben gezeigt, dass unsere künstlichen Nadelforste den Anforderungen von Klimaextremen wie starken Stürmen nicht gewachsen sind. Vor dem Hintergrund, dass solche Klimaextreme noch zunehmen können, sollte die Stabilität unserer Wälder nicht durch kurzfristige wirtschaftliche Interessen gefährdet werden. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass der Anteil nicht standortheimischer und nicht heimischer Baumarten in den meisten Bundesländern nicht reduziert werden soll. Die Einbringung nicht heimischer Arten in FFH-Schutzgebiete sollte vor allem in den Landeswäldern konsequent abgelehnt werden. Dennoch wird dies in Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen praktiziert.

Eine Fortschreibung des Trends, aus wirtschaftlichen Interessen schnellwachsende Nadelbäume und nicht heimische Baumarten in unsere Wälder einzubringen, ist nicht nur aus ökologischer Sicht kritisch zu bewerten. Nadelforste stellen hinsichtlich der zu erwartenden klimatischen Änderungen auch wirtschaftlich betrachtet ein Risiko dar. Sie müssen daher konsequent in möglichst naturnahe Laubwälder umgewandelt werden.

In unseren Wäldern gibt es insgesamt viel zu wenig Totholz, um ausreichend Lebensraum für bedrohte Pilze, Moose, Flechten, Käfer oder Schmetterlinge zu bieten. Doch auch diese Organismen sind für gesunde und stabile Wälder essenziell.

Der von Wissenschaftlern in Laubwäldern für notwendig befundene Wert von 40 m³ pro Hektar wird in unseren Wäldern nicht annähernd erreicht. Pläne zur Steigerung des Totholzvorkommens auf 40 m³ pro Hektar gibt es lediglich in Baden-Württemberg und dem Saarland.

Die gute Absatzmöglichkeit von Energieholz (z.B. Kronenmaterial) führt vor allem in unseren Laubwäldern dazu, dass bei der Ernte zu wenig Restholz im Wald belassen wird. Dadurch verbleibt zu wenig Totholz als Lebensraum in unseren Wäldern und bewirkt, dass dem Waldboden wichtige Nährstoffe (aus der langsamen Verrottung des Holzes) verloren gehen. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf eine natürliche Waldentwicklung mit der entsprechenden Artenvielfalt und -zusammensetzung



aus, sondern wird sich dort, wo dem Waldboden wichtige Nährstoffe fehlen, auch auf die Produktivität unserer Wälder auswirken. Auch dies ist also nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht kritisch zu bewerten.

Auch am Aufbau der Holzvorräte und damit des Kohlenstoffspeichers Wald muss in den meisten Bundesländern zielgerichteter gehandelt werden. Zwar planen sieben Bundesländer, den Holzvorrat im Landeswald zu steigern, eine ambitionierte Zielvorratshöhe konnte jedoch kein einziges Bundesland nennen. Lediglich das Saarland und Schleswig-Holstein schlagen weniger als 60 Prozent des Zuwachses ein, Hamburg nur wenig mehr. Hier gibt es eine reelle Chance, den Kohlenstoffspeicher in unseren Wäldern wieder aufzufüllen und damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die Bewirtschaftung unserer Wälder sollte sich auch im Sinne der Nationalen Biodiversitätsstrategie wieder mehr an der Produktion von Wertholz orientieren. Der CO₂-Speicher in Form von Holzprodukten kann durch die Produktion von höherwertigem Holz und damit langlebigeren Produkten, durch die Verringerung des Industrieholzanteils sowie der energetischen Holzverwendung erhalten und erhöht werden. Dies würde auch der von der Holzindustrie oft geforderten besseren Inwertsetzung des Rohstoffes Holz zu Gute kommen.

Auch im transparenten Umgang mit Informationen und Daten über den Wald besteht Nachholbedarf. Außer

Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Sachsen konnten oder wollten die restlichen Bundesländer genaue geografische Daten und Informationen zu den geschützten Flächen nicht zur Verfügung stellen. Der Landeswald ist jedoch der Wald aller Bürgerinnen und Bürger. Informationen über den Zustand des Waldes und über Maßnahmen in den Landeswäldern müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Das Voranschreiten der FSC-Zertifizierung geht zu langsam. Zwar sind in sieben Bundesländern die Landeswälder bereits nach den Kriterien des FSC zertifiziert und in zwei weiteren ist die Zertifizierung des entsprechenden Landeswaldes konkret geplant bzw. in Arbeit. Länder wie Bayern, Sachsen, Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind entweder überwiegend PEFC, nur zu sehr geringen Anteilen oder gar nicht zertifiziert. Diese Länder haben den Mehrwert einer unabhängigen Kontrolle der Waldbewirtschaftung nicht zuletzt als Verbraucherinstrument noch nicht erkannt oder können die höheren ökologischen und sozialen Mindeststandards des FSC an die Waldbewirtschaftung noch nicht erfüllen.

Aufgrund des föderalen Systems muss die von der Bundesregierung verabschiedete Nationale Biodiversitätsstrategie in Landesstrategien überführt und im Wald umgesetzt werden. Sie ist jedoch nicht rechtsverbindlich, so dass die Länder gewaltigen Spielraum hinsichtlich der in der Nationalen Biodiversitätsstrategie gesetzten Ziele

haben und diesen auch ausnutzen. Da dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zufolge die »Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes [...] der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes, nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse« dient,²² sollten ökologische Belange in öffentlichen Wäldern stärker berücksichtigt werden und die Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie selbstverständlich sein. Leider nehmen die Bundesländer ihre internationale Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt und den Klimaschutz sehr unterschiedlich wahr:

Das Saarland und Schleswig-Holstein unternehmen ernst zu nehmende Anstrengungen, die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie in ihren Landeswäldern umzusetzen.

Im Gegensatz dazu haben die sieben Bundesländer Bayern, Hessen, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Baden-Württemberg nicht einmal die Hälfte der in unserer Bewertung zu erreichenden Maximalpunktzahl erreicht. Schlusslicht in Sachen natürliche Waldentwicklung und naturnahe Waldbewirtschaftung ist der Freistaat Bayern, gefolgt von Hessen. Hier gibt es kaum Bemühungen, die Artenvielfalt in unseren Wäldern zu schützen, Lebensräume für bedrohte Arten zu erhalten und wiederherzustellen und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Um endlich ihrer Verantwortung für Artenschutz und Klimaschutz gerecht zu werden, fordert Greenpeace jetzt unverzügliches Handeln von den Regierungen der Bundesländer:

- ▶ Anerkennung der Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie und damit Verpflichtung auf das 10 Prozent Ziel.
- ▶ Zügige Umsetzung des 10 Prozent-Ziels in allen Landeswäldern. Dazu müssen geeignete, möglichst große, unzerschnittene Waldflächen zeitnah ausgewiesen, miteinander vernetzt und rechtlich verbindlich geschützt werden.
- ▶ Zeitnahe und vollständige Zertifizierung der Landeswälder in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern nach FSC und damit Umsetzung und Kontrolle hoher ökologischer Standards für die Waldbewirtschaftung.
- ▶ Annäherung der Waldbewirtschaftung an die Zusammensetzung und Prozesse unserer natürlichen Waldgesellschaften. Das bedeutet, dass nicht heimische Baumarten reduziert werden, der Totholzanteil in den Laubwäldern auf 40 m³/ha erhöht wird und die Vorräte in unseren Wäldern gesteigert werden.
- ▶ Verzicht auf die Einbringung nicht heimischer Baumarten in FFH-Gebiete oder andere Schutzgebiete.
- ▶ Transparenz und Veröffentlichung der Daten der Landesforsten zum Schutz des Waldes und seiner Bewirtschaftung.

Das Zeitalter der klassischen Forstwirtschaft ist überholt. Vor allem unsere öffentlichen Wälder dürfen nicht mehr hauptsächlich als Produktionsort des Rohstoffes Holz behandelt und verstanden werden. Sie sind Juwelen für den Erhalt der Artenvielfalt und auch im Kampf gegen den Klimawandel unersetzlich. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und ökologische Ziele müssen sich endlich in einem wirklich nachhaltigen Umgang mit unseren Wäldern im Sinne der aus Rio hervorgegangenen Agenda 21 widerspiegeln.

22 BVerfG, Urt. v. 31.05.1990, NVwZ 1991, 53

5. ANHANG

FRAGEN DES FRAGEBOGENS (SCHWARZ), MIT BEWERTUNGSSCHLÜSSEL (ROT)

1. Angabe der gesamten Waldfläche in ihrem Bundesland in Hektar, getrennt nach Besitzart
Information, keine Bewertung

2. Angabe über die holznutzungsfreie öffentliche Waldfläche (NWE) in ihrem Bundesland in Hektar, getrennt nach Besitzart

Bewertung der NWE im Landeswald:

0 bis 3,9 %: 0 Punkte

4 bis 6,9 %: 1 Punkt

ab 7 %: 2 Punkte

3. a) Liste der einzelnen holznutzungsfreien Waldflächen (NWE) im Landeswald ab einer Flächengröße von 20 Hektar (falls möglich gestaffelt nach Flächengrößen gemäß NWE Flächengrößenstaffelung: Flächen von 20–100 ha, von 100–500 ha, von 500–1000 ha und größer 1000 ha) mit Angaben zu

- Flächengröße
- Dauer der forstlichen Nichtnutzung
- der/die prägende/n Bestandestyp/en (aktuelle Bestockung)
- potenzielle natürliche Vegetation bzw. vergleichbare Grundlagen in Ihrem Bundesland
- Status der rechtlichen Absicherung

3. b) Summe (in Hektar) und Flächenanzahl der holznutzungsfreien Waldflächen (NWE) im Landeswald mit einer Flächengröße kleiner als 20 Hektar

4. genaue geografische Lage der einzelnen holznutzungsfreien Flächen im Landeswald (Polygon der Fläche als Shapefile, nach Möglichkeit mit Verknüpfung zu den unter Punkt 3. a) und 3. b) abgefragten Informationen)

Bitte nutzen Sie für die Bearbeitung unserer Anfrage folgende Definition von Flächen mit natürlicher Waldentwicklung (NWE): alle bewaldeten oder waldfähigen Flächen, die dauerhaft nicht forstlich genutzt oder gepflegt werden, dauerhaft rechtlich oder durch Eigenbindung gesichert und größer/gleich 0,3 Hektar sind.

Bei der Beantwortung dieser Anfrage können Sie sich gerne an Ihren Antworten des Fragebogens der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt orientieren, der sie bereits diese Daten übermittelt haben.

Fragen 3 und 4: Keine Bewertung nach Punkten

WIR BITTEN ZUDEM UM BEANTWORTUNG DER FOLGENDEN FRAGEN:

5. a) Beabsichtigen Sie den Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung bis 2020 auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche in Ihrem Bundesland zu erhöhen?

Ja 1

Nein 0

Ziel bereits erreicht: 1 Punkt

5. b) Planen Sie im Landeswald den Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern?

Ja 1

Nein 0

Ziel bereits erreicht: 1 Punkt,

Ziel von 8 oder 9 %: 0,5 Punkte, Plan zur Steigerung vorhanden, jedoch bis nach 2020: 0,5 Punkte

6. a) Planen Sie im Landeswald, den Anteil der nicht standortheimischen Baumarten kontinuierlich zu reduzieren?

Ja 1

Nein 0

6. b) Planen Sie im Landeswald, den Anteil der nicht heimischen Baumarten kontinuierlich zu reduzieren?

Ja 1

Nein 0

7. a) Wie hoch sind die Totholzvorräte in den Laubwäldern der Landeswälder im Durchschnitt?

Keine Bewertung nach Punkten

7. b) Soll der Anteil von Totholz in den Laubwäldern im Landeswald auf durchschnittlich 40 m³ pro Hektar gesteigert werden?

Ja 1

Nein 0

Steigerung vorgesehen, jedoch auf einen Wert unterhalb von 40 m³/ha: 0,5 Punkte

8. a) Ist der Landeswald nach FSC zertifiziert bzw. beabsichtigen Sie die FSC-Zertifizierung der landeseigenen Wälder zu erreichen?

Ja 1 (Punkt für bereits zertifiziert)

Nein 0 (Zertifizierung ist geplant: 0,5 Punkte)

8. b) Falls ja, bis wann soll die FSC-Zertifizierung abgeschlossen sein?

Keine Bewertung

9. a) Werden im Landeswald nicht heimische Baumarten wie die Douglasie, Roteiche, Robinie, in FFH-Schutzgebieten eingebracht?

Ja 0

Nein 1

9. b) Falls nein, ist dies schriftlich festgelegt, und wenn ja, wo?

Keine Bewertung

9. c) Falls ja, werden nicht heimische Baumarten auch in die kartierten Lebensräume eingebracht?

Ja -1

Nein 0

9. d) Falls ja, in welche?

Keine Bewertung

10. a) Wie hoch ist der aktuelle Holzvorrat im Landeswald im Durchschnitt?

Keine Bewertung nach Punkten.

10. b) Wieviel Prozent vom Zuwachs sollen pro Jahr im Durchschnitt im Landeswald eingeschlagen werden?

0 bis 60 %: 2 Punkte

61 bis 80 %: 1 Punkt

81 bis 100 % oder keine Angaben: 0 Punkte

über 100 %: -1 Punkt

10. c) Planen Sie, den Holzvorrat im Landeswald zu steigern?

Ja 1

Nein 0

10. d) Gibt es eine angestrebte Zielvorratshöhe, ggf. differenziert nach Bestandestyp und Waldgesellschaft?

Ja

Nein

10. e) Wenn ja, welche und in welchem Zeitraum wird diese angestrebt?

10. d) und 10. e) Keine Bewertung nach Punkten



Schatztruhe der Artenvielfalt: unsere Buchenwälder bieten tausenden Tier-, Pflanzen- und Pilzarten einen Lebensraum.

ANHANG: TABELLEN MIT DEN ANTWORTEN DER BUNDESLÄNDER

DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDSCHUTZ															
	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Gesamtwaldfläche in ha	1.384.590	2600.000	16.764	1.106.915	4.400	894.180	540.000	1.204.591	909.511	839.796	93.176	524.839	532.480	173.412	549.088
Fläche Landeswald in ha	321.427	780.000	16.264	286.466	3.400	341.516	221.400	335.813	120.102	214.926	38.202	204.378	140.294	53.749	203.617
NWE Fläche im Gesamtwald in ha/%	knapp 1,4 %	k. A.	673/4,0	k. A.	441/10	k. A.	35.100/6,5	k. A.	k. A.	k. A.	mind. 4.252/4,6	k. A.	k. A.	k. A.	9.900/1,8
NWE Fläche im Landeswald in ha/%	13.035/4,1	29.212/3,7	673/4,1	9.720/3,4	441/13	19.659/5,8	im öffentlichen Wald: 28.500/12,9	24.484/7,3	17.671/14,7	16.504/7,7	3.808/10	12.058/5,9	8.142/5,8	4.000/7,4	9.900/4,9

DIE ANTWORTEN DER BUNDESLÄNDER AUF FRAGEN 1., 2., 5. A UND 5. B DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDSCHUTZ															
	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Ziel Erhöhung auf 5 % NWE im Gesamtwald	ja	keine pauschalen Quoten	ja	ja	Ziel erreicht	ja	Ziel erreicht	ja	nein	k. A.	Ziel erreicht	keine pauschalen Prozente	nein	k. A.	ja
Ziel Erhöhung auf 10 % im Landeswald	ja	keine pauschalen Quoten	keine Entscheidung	k. A.	Ziel erreicht	ja, auf 8 %	Ziel erreicht	ja	Ziel erreicht	ja	Ziel erreicht	keine pauschalen Prozente	nein	Ziel 4.800 ha/9 %	wird überprüft
Gesamtpunkte (Max: 4 Punkte)	3	0	2	1	4	2,5	4	4	3	3	4	1	1	2,5	2

ANTWORTEN AUF FRAGEN 3.A, 3.B UND 4. DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE TRANSPARENZ															
	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Bereitstellung der vollständigen geografischen Lage der NWE-Flächendaten	ja, mit unvollst. Antworten	ja, mit unvollst. Antworten	nein	ja	liegt nicht vor	ja, mit unvollst. Antworten	nein	nein	ja, mit unvollst. Antworten	ja	nein	ja	liegt nicht vor	liegt nicht vor	nein

ANTWORTEN AUF FRAGEN 6.A UND 6.B
DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG:
NICHT STANDORTHEIMISCHE UND NICHT HEIMISCHE BAUMARTEN

	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Reduktion nicht standortheimischer Baumarten	ja	nein	ja	k. A.	nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Reduktion nicht heimischer Baumarten	nein	nein	ja	k. A.	nein	nein	nein	nicht umfassend	ja	nein	nein	nein	ja	ja	nein
Punkte (Max: 2)	1	0	2	0	0	0	0	1	2	0	0	1	2	2	1

ANTWORTEN AUF FRAGEN 7.A UND 7.B
DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: TOTHOLZ

	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Höhe Totholz im Laubwald im Landeswald im Durchschnitt in m ³ /ha	28,4	ohne Eiche:6 Eiche: 1	k.A.	21,9	15,9 alle Wälder	ohne Eiche: 10,8 Eiche: 1,1	10,3	25,5	8	ohne Eiche: 6,8 Eiche: 3,0	28	15	27	6,4	22,3
Plan zur Steigerung auf 40 m ³ /ha	ja	nein	k.A. möglich	stärkere Bedeutung von Totholz	Erhöhung zu erwarten	nein	k.A.	wird diskutiert	in bestimmten Waldstrukturen ja	nein	ja	deutl. Zunahme zu erwarten	nein	ja, kein festes Ziel	nein
Punkte (Max: 1)	1	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0,5	0	1	0,5	0	0,5	0

ANTWORTEN AUF FRAGEN 8.A UND 8.B
DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: ZERTIFIZIERUNG

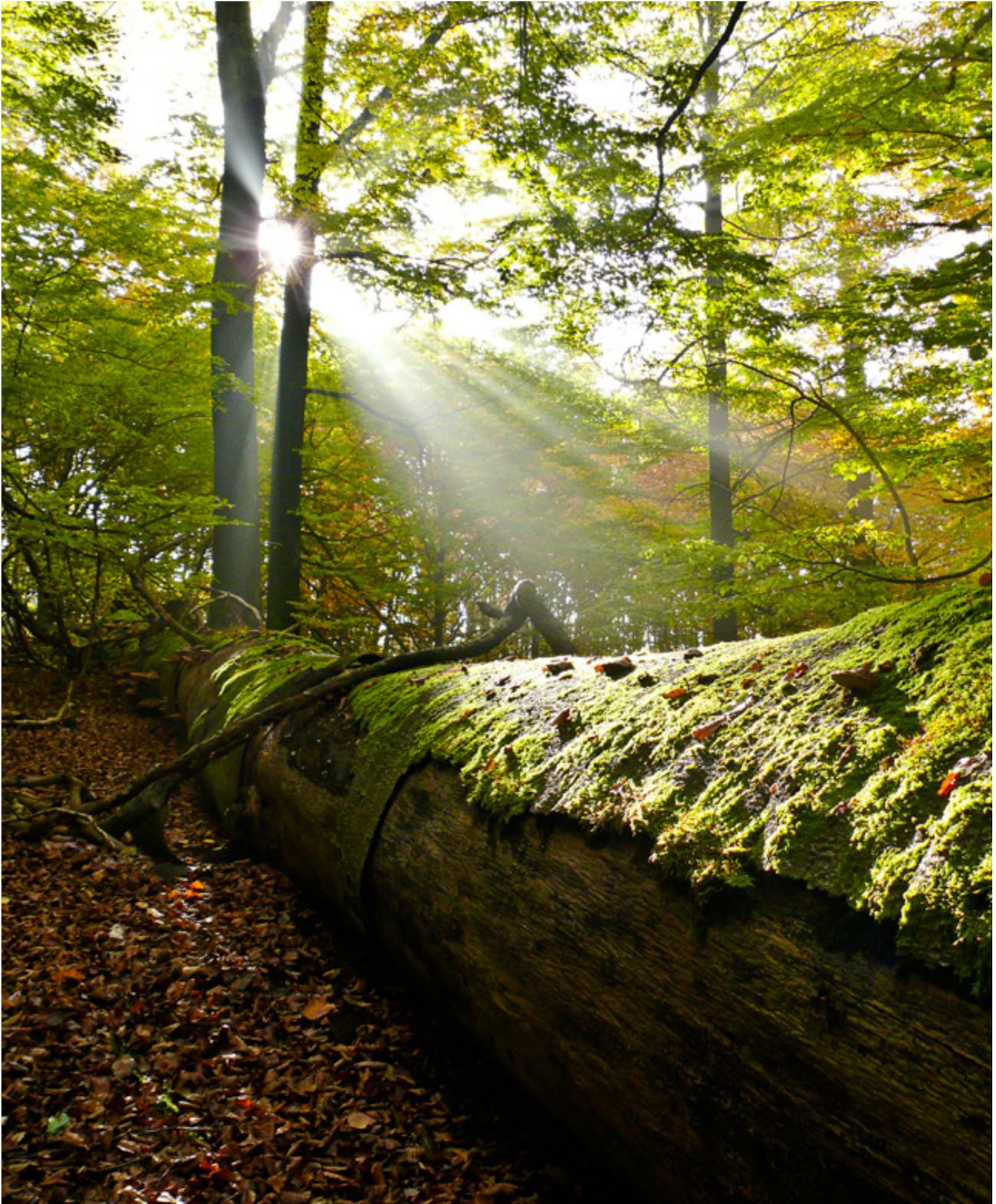
	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
FSC Zertifizierung vorhanden bzw. Absicht	ja	nein	ja	nur 5 %	ja	ja	nein	nein	ja	ja	ja	nein	nur 4 %	ja	ja
falls ja, seit bzw. bis wann	5/2014	entfällt.	erreicht	entfällt	1998	2019	entfällt	entfällt	erreicht	erreicht	10/2003	entfällt	entfällt	erreicht	offen
Punkte (Max: 1)	1	0	1	0	1	0,5	0	0	1	1	1	0	0	1	0,5

ANTWORTEN AUF FRAGEN 9. A UND 9. C
DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG:
EINBRINGUNG NICHT HEIMISCHER BAUMARTEN IN FFH-SCHUTZGEBIETE

	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Einbringen nicht heimischer Baumarten in FFH-Gebiete	ja	ja	nein	nein	nein	ja	ja	nein	ja						
Falls ja, auch in kartierte Lebensräume	ja	ja	entfällt	entfällt	entfällt	ja	nein	entfällt	nein						
Punkte (Max: 1)	-1	-1	1	1	1	-1	0	1	1	1	1	1	1	1	0

ANTWORTEN AUF FRAGEN 10. A BIS 10. E
DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE WALDNUTZUNG: HOLZVORRAT UND EINSCHLAG

	BW	BY	BE	BB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
aktueller Holzvorrat im Landeswald im Durchschnitt	344,5 m³/ha	353 m³/ha	238 Vfm/ha	282 Vfm/ha	208 Efm/ha	329 m³/ha	318 m³/ha	300 m³/ha	293 m³/ha	303 m³/ha	350 Vfm/ha	338 m³/ha	305 m³/ha	320 m³/ha	349 m³/ha
Einschlag vom Zuwachs pro Jahr in %	93,9	keine Vorgaben	70	wird gerade vereinbart	62	87	60 – 70	75	75 – 100	68,9	55	72	65	58	nicht festgelegt
Plan zur Steigerung des Holzvorrats	nein	k. A.	ja	k. A.	ja	nein	nein	ja	ja	nein	ja	nein	ja	ja	nein
Zielvorratshöhe	k. A.	k. A.	nein	k. A.	nein	nein	k. A.	nein	wird erörtert	kein pauschales Ziel	in der Diskussion	nein	ja, 315 – 320 m³/ha bis 2025	nein	k. A.
Punkte (Max: 1)	0	0	2	0	2	0	1	2	1	1	3	1	2	3	0



Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 0 40/3 06 18-0, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 0 30/30 88 99-0 **V.i.S.d.P.** Sandra Hieke **Text und Redaktion** Sandra Hieke und Corinna Hölzel **Fotos** Seite 12 u. 13: Natalie Becker; Titel, Seite 7, 10, 19, 23, Rücktitel: Michael Kunkel; Seite 17: Markus Mauthe; Seite 8: Luis Scheuermann; Seite 20: Andreas Varnhorn alle©Greenpeace; Seite 15: Martin Schwenninger © FSC Deutschland **Grafik/Gestaltung/Produktion** Henning Thomas **Druck** Reset, Virchowstraße 8, 22767 Hamburg **Auflage** 1.000 Exemplare **Stand** 06/2016

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende: GLS Bank, BLZ 430 60967, KTO 33401, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier